

**Bezugspreise:**  
Der Halle monatlich bei zweimaliger  
Auslieferung 7,50 Mark, vierteljährlich  
22,50 Mark, durch die Post monatlich  
8,25 Mark, die halbjährlich 24,75 Mark,  
einjährig 45 Mark. Anzeigengelder,  
Veränderungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im  
allgemeinen, Zeitungsverzeichnis unter  
Sonder-Zeitung eingetragen. Für  
unverlangt eingegangene Manu-  
skripte wird keine Gewähr über-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Quellenangabe, Sondere-Zeitung ge-  
statet. Ferner: der Schriftleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103  
u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

**Abend-Ausgabe.**

# Sozial-Zeitung

Sechshundertachtzigster Jahrgang.

**Anzeigengelder:**  
Die 8 gespaltene 34 mm breite Milli-  
meterzeile oder deren Äquivalent 60 Pf.,  
gemäß Anzeigen 40 Pf., Restbetrag  
die 92 mm breite Millimeterzeile  
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstelle, sämtliche  
Anzeigengelder, Erfüllungsort  
60 Pf. Erhöht täglich 2 mal,  
Sonntags und Montags 1 mal,  
Sonderausgabe und Haupt-Ge-  
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-  
ade 1a, Dr. Braubachstr. 17,  
Reben-Geschäftsstellen: Große  
Weichstraße 25 und Markt 24,  
Postfach-Adresse Leipzig Nr. 4004.

Nr. 190.

Halle, Montag, den 25. April 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

## Entspannung der außenpolitischen Lage.

Ein Protest englischer Politiker gegen weitere Zwangsmaßnahmen — Auf dem Wege zu neuen Verhandlungen  
Besetzung des Ruhrgebiets erst nach ergebnislosem Eingreifen Hardings.

### Die Vorschläge.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:  
Wir stehen unmittelbar vor dem schwersten Entscheidun-  
gen über unsere Zukunft. Die Fragen, die jetzt auf allen  
Lippen schweben müßten, könnte nur die sein: welches wird  
der Inhalt der Angebote sein, die von Deutschland an den  
amerikanischen Präsidenten Harding verlangt werden.  
Werden sich die Vorschläge mit der Leistungsfähigkeit  
Deutschlands vereinbaren lassen? Werden sie dem ameri-  
kanischen Präsidenten für eine Weitergabe geeignet er-  
scheinen? Wie wird sich Frankreich und England zu dem neu-  
en Angebot stellen? Aber alle diese Fragen treten merkwürdig  
jenseits hinter ganz andere. Das unpolitische deutsche Volk  
interessiert aufs peinlichste und gewissenhafteste, ob der  
Außenminister Simons mit seinem Angebot des Schieds-  
richters Hardings richtig gehandelt hat oder nicht, ob ein  
Unfall der Reichsregierung vorliegt oder nicht, ob die  
Regierung oder der Außenminister sofort zum Rück-  
tritt zu zwingen sei oder nicht, ob die Antwort Hardings  
einen Erfolg oder einen Mißerfolg für Simons bedeute, ob  
auf dem von ihm eingeschlagenen Wege weiterzukommen  
oder innezuhalten sei. Alles Fragen der Taktik, die in ruhigen  
Zeiten ganz gut erörtert werden könnten, die aber in zwölf-  
stündiger Stunde höchst wichtig angebracht erscheinen.

Das Schiedsrichtergesuch an Harding ist eine Tatsache,  
die der Vergangenheit angehört. Sicher stellt es eine Ver-  
zweiflungstat dar, die in einer verzweifelten Lage als letzte  
Möglichkeit erscheint, um das Schicksal abzuwenden. Viele  
bezeichnen es als eine mutige Tat. Sie begreifen es dank-  
bar, daß es noch Männer in Deutschland gibt, die in je-  
der Lage entschlossen den Kampf in die Schlinge  
werfen, ohne Rücksicht auf ihre persönlichen Interessen.  
Andererseits sehen eine unersättliche Gier nach einem nationalen  
Empfinden darin, daß nach allen früheren Erfahrungen mit  
Amerika einem Mann ohne jeden Vorbehalt das Schicksal  
eines 60 Millionen-Volkes überantwortet wird, das eben  
erst verlor hat, Deutschland die Möglichkeit am Rande  
aufzuhalten. Die einen erheben den Vorwurf, daß das  
Reichskabinett den verhängnisvollen Schritt getan hat, ohne  
das Parlament oder auch nur die Parteiführer vorher zu  
informieren; die anderen verteidigen den folgenschweren  
Schritt mit dem Hinweis darauf, daß die Führer allein, ohne  
ihre Fraktion doch keine Verantwortung übernehmen hätten  
wollen, und daß die vorherige Befragung der Fraktion die ge-  
botene Geheimhaltung aufs stärkste gesichert hätte.

Die Reichsregierung wird heftig angegriffen, weil sie  
nach ihrem Londoner „Unerfüllbar und unannehmbar“ doch  
wieder Vermittler für Angebote gesucht habe. Man müßte  
einmal für richtig erkannten Weg unter allen Umständen  
zu Ende gehen, wenn auch noch so viele Drohungen davon  
abzuwenden wollten. Man sieht sich sonst der Gefahr aus,  
überhaupt nicht mehr für sich genommen zu werden. Die  
Gegner dieser Darlegungen verteidigen die Regierung da-  
mit, daß in so schwierigen Zeiten wie die gegenwärtigen  
Deutschlands, gegen eine Welt von Feinden benötigt sei,  
jeden Augenblick seine Taktik dem äußeren Zwang anzu-  
passen. Nur struppellose Katastrophopolitiker könnten in  
solchen Zeiten nichts als Prinzipienhüter sein wollen. Sie  
erklären überdies, daß die Regierung gar nicht umgefallen  
sei, denn das Diktat von Paris geht ihr nach wie vor für  
unannehmbar und unerschütterlich. Gegen Wiederaufnahme von  
Verhandlungen habe sie sich niemals erklärt. Außerdem sei  
das Ergebnis des Schiedsrichtergesuches insofern ein Erfolg,  
als Amerika wieder für die Reparationsfrage inter-  
essiert und ein Handeln geneigt sei, der nicht nur die Alliierten,  
sondern auch Amerika mit Deutschland an den Verhandlungs-  
tisch bringen könne.

Diese Möglichkeit wird von den Gegnern der Regie-  
rung lebhaft bezweifelt. Die amerikanische Antwort ist über-  
aus vorsichtig gehalten und läßt mehrere Hintertüren offen.  
Aber selbst wenn es gelänge, Amerika nicht an den Verhand-  
lungstisch zu bringen, sei damit noch keineswegs eine wesent-  
liche Verbesserung der Lage Deutschlands garantiert. Wer  
bürge dafür, daß nicht auch Amerika, wie es bisher die an-  
deren Diktat getan hätten, die Gelegenheit benutzen werde, bei  
den Verhandlungen auf Kosten Deutschlands Zugeständnisse  
im eigenen Interesse herauszufischen.

Selbst darüber herrscht keine volle Einmütigkeit, daß in  
diesem kritischen Augenblick die Betrachtung des Vergange-  
nen gänzlich zurückzutreten habe und die Regierung mit  
ihrem Außenminister gefestigt werden müsse. Allerdings  
scheint die überwiegende Mehrheit der Volkvertretung doch  
genügend Verantwortungsbewußtheit zu besitzen, um nicht  
in dieser Schlüsselstunde durch Veränderungen in der Regie-  
rung das Chaos herbeizuführen. Der Verlauf der Son-

abendigung des Reichstags läßt darauf schließen, daß man  
Herrn Simons jetzt nicht in den Arm fallen wird.

Allen diesen wirren Stimmungen gegenüber betonen  
die demokratischen Abgeordneten mit Nachdruck, daß jetzt  
zunächst nichts anderes übrig bleibe, als den von neuem von  
der Reichsregierung eingeschlagenen Weg zu Ende zu gehen.  
Alle Kraft müsse konzentriert werden auf die Formulierung  
der Note und die Aufnahme, die sie in Amerika finden  
werde. Trotz der kurzen Frist, die für die Formulierung ge-  
geben ist, müßte die Herausarbeitung wirtschaftspolitischer und  
finanzpolitischer Sachverständiger ermöglicht werden, einmal,  
um die deutsche Leistungsfähigkeit richtig einzuschätzen, dann  
aber auch, um den Gegnern das höchstmögliche Maß von  
wirtschaftlichen Zugeständnissen bieten zu können.

Wie weit diese demokratische Anregung bei der Kürze  
der Zeit noch hat befolgt werden können, ließ sich nicht  
feststellen. Das Angebot ist schon gestern (Sonntag) abge-  
gangen und heute in die Hände der amerikanischen Regie-  
rung. Zum letzten Mal sind die Büffel gefallen. Möge ein  
gütiges Schicksal den Verzweiflungsschritt der Reichsregie-  
rung und des Außenministers mit Erfolg krönen. Die Zu-  
kunft des deutschen Volkes hängt davon ab.

### Aberreichung der deutschen Vorschläge.

London, 25. April. Nach Mitteilung des englischen  
Gesandten in Berlin wurde die deutsche Note an Amerika  
dem amerikanischen Botschafter in Berlin gestern mittag  
eingehändig.

### Die Konferenz von Lüttich.

Nach Berichten aus Lüttich ist ein Protest englischer  
Politiker gegen etwaige Zwangsmaßnahmen, die gegen  
Deutschland ergriffen werden sollen, nicht nur von Masquith,  
Lord Robert Cecil und Barnes, sondern auch von Hen-  
derson und Clynes, sowie noch einigen anderen  
bekannteren Politikern unterschrieben.

Bertinaz sagt das Ergebnis der Beratungen von Lüttich  
wie folgt zusammen:

1. Lloyd George habe grundsätzlich zugestimmt, daß die  
Besetzung des Ruhrgebiets ausgeführt werde,  
wenn die von Deutschland an Amerika zu übermittelnden  
Vorschläge zu keinem Einverständnis zwischen dem Reich  
und den Verbündeten führten.

2. Lloyd George stimmte ferner zu, daß, ohne abzu-  
warten, die französischen und englischen Wirtschaftsexperten  
sich zusammenzusetzen, um die wirtschaftlichen Vorausset-  
zungen zu prüfen. Bertinaz sagt, weder Lloyd  
George, noch seine Mitarbeiter hatten genügend Zeit gehabt,  
sie zu lesen. Sie hätten also noch ihre vollkommene Hand-  
lungsfreiheit. Dieser Punkt sei um so wichtiger, als die Eng-  
länder sich Frankreich zu einer militärischen Expedition erst  
andere wählten, wenn die finanziellen und wirtschaftlichen  
Probleme ihrem Urteil unterbreitet und in praktischer Weise  
gelöst seien.

Nach Sauerwein ist auch Lloyd George mit der Besetzung  
von Hamburg vorgeschlagen worden, aber Bertinaz  
glaubt, daß die Frage der Beschlagnahme der Zölle für die  
Seetransporte erst in der Zukunft in Frage komme. Philippe  
Millet berichtet im „Paris Journal“ aus London, es handle  
sich bei dem, was gestern in Lüttich besprochen wurde, nur  
um eine vorläufige Beschlagnahme, das volle Ein-  
verständnis scheine tatsächlich aus zwei Bedingungen abzu-  
hängen:

1. daß die neuen deutschen Vorschläge eben-  
sowenig befriedigten wie die früheren und
2. daß die für die französische Regierung gegen-  
über Deutschland vorgeschlagenen wirtschaftlichen  
Maßnahmen einer ersten Prüfung standhalten  
würden. Daraus ergibt sich auch der Beschluß, schon  
von heute an die alliierten Sachverständigen zusammenzu-  
berufen, damit sie prüfen und wenn nötig abändern, was  
von Frankreich vorgeschlagen worden ist, bevor der Oberste  
Rat am 30. April zusammentritt.

### Das Verhalten Amerikas.

Am Sonnabendabend konferierten Harding,  
Hughes und Lodge. Die Blätter vermuten, daß die  
neue deutsche Note eine basische Diserte von 50 Milliarden  
Mark machen werde und auch noch Entgegenkommen selge.  
„Newport Times“ halten insbesondere den 100 Millionen  
Zugeständnissen einer neuen Konferenz für unannehmbar.  
„World“ gibt Ansichten ungenannter Finanziers  
wieder, die die letztgenannte Einbindung der Wall Street  
sowie die ziemliche Stilleheit der internationalen Wechsel-  
kurse der Überzeugung zuschreiben, daß ein endgültiger Bruch  
zwischen der Entente und Deutschland unumgänglich sei. Die  
einflussreiche republikanische „Newport Tribune“ überschreibt

einen Leitartikel „Gerechtigkeit für Frankreich“ und sucht  
Harding im französischen Sinne zu beinflussen.

Hardings Politik macht unstreitig in allen ameri-  
kanischen Bevölkerungsteilen einen guten Eindruck, obwohl  
die extreme Ententepresse dabei ein süßsaures Gesicht  
ziehen muß. Inzwischen haben auch manche großen Expor-  
teure durch Telegramme Harding wissen lassen, daß keine  
Politik den Interessen Amerikas in bester Weise entspricht.  
„Globe“ und „Newport American“ erklären, Hardings sei  
Absicht sei, Europa bald den Frieden zu bringen. „Ameri-  
can“ sagt, Harding und Lodge hätten Vinianis Besuch sehr  
inopportun gefunden. „World“ meint, Harding habe bei  
dem Vertrag mit Columbia bewiesen, daß er keine Partei  
beherzige. Er dürfe es deswegen wagen, den Verfall  
Vertrag aufs neue vor den Senat zu bringen. Manche  
glauben, ein Vorstöße mit Deutschland und darauf die Ein-  
setzung einer kleinen Kommission zur  
Überprüfung gewisser Teile des Versailler  
Vertrages seien Hardings Programm.

### Die deutschen Vorschläge durchaus diskutabel.

Die offiziellen italienischen Blätter „Tribuna“, „Meli-  
gero“ und „Tempo“, sowie der „Corriere d'Italia“ bezeichnen  
das, was bisher von den deutschen Vorschlägen verlautete,  
als durchaus diskutabel. Frankreich irre sich, wenn es hoffe,  
daß England seine Freundschaft mit Amerika den Franzosen  
opfern werde. Italien werde nach wie vor jede Ver-  
einbarungspolitik unterstützen.

Im Leitartikel schreibt „Daily News“: Die ameri-  
kanische Note an Deutschland schlage einen Ton an, dem sich der  
Premierminister in Lüttich nicht verschließen könnten. Es  
würde eine eigenartige Politik auf Seiten der Alliierten  
sein, die die besten Gründe hätten, den Ansichten  
Washingtons nicht entgegenzuhandeln, wenn sie den Vorschlag  
Amerikas mit einer sofortigen Besetzung des  
Ruhrgebiets beantworteten wollten. Beigleich der  
neuen deutschen Wiederaufbauvorschläge erklärt das Blatt,  
die Durchführung eines solchen Planes beste Vorteile, die  
feiner anderen Form der Reparation eigen sei. Deutsch-  
land werde dadurch in die Lage versetzt, das zu geben, was  
es am besten in der Lage sei zu geben. Wenn jedoch Frank-  
reich die Abfertigung beschließen und auch verlangen sollte,  
es bei seiner Forderung nach einem anderen Mittel zu unter-  
stützen, dann müsse Frankreich überzeugend dar-  
tun, daß es einen guten Grund habe, das abzulehnen,  
was geboten wurde.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Chicago Tribune“,  
Henry Hayes, erklärt, es könne nicht geleugnet werden, daß  
die amerikanische Note Lloyd Georges direkt in die Hände  
arbeite. Staatssekretär Hughes habe mit anderen Worten  
erklärt, die deutschen Vorschläge könnten zur Debatte gestellt,  
aber eine Entscheidung in der Reparationsfrage könne  
nicht diskutiert werden. Das liegt durchaus in der  
Sphäre, die alle deutschen Unterhändler von Bradstreet-Kaufhaus  
an verfolgt hätten. Wales glaubt zu wissen, daß nicht  
vor Juni über die Reparationsfrage entschieden werde,  
und zwar solle dies auf einer internationalen Konferenz in  
Washington geschehen.

Im „Pariser Journal“ sagt Leon Blum zur ameri-  
kanischen Note: Er sehe darin keineswegs eine Niederlage der  
französischen Regierung. Er betrachte das Eingreifen der  
Bereinigten Staaten als einziges Mittel, die französische  
und deutsche Regierung aus der tragischen Verlegenheit  
herauszuführen, in die sie durch ihre wiederholten Fehler  
geraten seien. Wenn man die Verhandlungen auf Wunsch  
der amerikanischen Freunde wieder eröffnen, sei alles gerettet,  
logar das Prestige.

### Die Durchführung der Wirtschafts- sanktionen in den einzelnen Ländern.

Das Auswärtige Amt hat dem Reichstag eine Uebersicht  
über die Durchführung der 50 prozentigen Abgabe vom Wert  
deutscher, nach alliierten Ländern eingeführter Waren zu-  
gehen lassen. Der Wortlaut des britischen Gesetzes ist der  
deutschen Öffentlichkeit ja bereits bekannt. Es muß jedoch  
darauf hingewiesen werden, daß das am 1. April 1921 in  
Kraft getretene Gesetz nur für die britischen Inseln gilt.  
Nach einer Erklärung Lloyd Georges im Unterhaus haben  
weder Indien noch die Dominien, mit Ausnahme von Neu-  
zealand, in der Reparationsfrage ähnliche Maßnahmen wie  
Großbritannien ergriffen. In Australien soll, nach einer  
Aussage des Premierministers, die Entscheidung dem  
Parlament überlassen werden; die kanadische Regierung hat  
in Bezug auf die Einbehaltung eines Teils des Wertes deut-  
scher Waren noch keine Stellung genommen; die Regierung  
der südafrikanischen Union hat, nach einer Mitteilung aus  
Kapstadt, die Beteiligung an den Sanktionen abgelehnt.  
Was den französischen Gehauptwert über die 50 prozentige  
Abgabe angeht, so ist dessen Annahme bisher nur durch die  
Kammer erfolgt. Es besteht also die Möglichkeit, daß der  
Entwurf im Senat noch Änderungen erfährt. Das franzö-  
sische Gesetz stimmt im wesentlichen mit den englischen über

